

FRÄNKISCHE

NACHRICHTEN



FÜR WAFFENLIEFERUNGEN
Berater Christoph Heusgen zum
Ukraine-Konflikt ▶ Seite 3

TAUBERBISCHOFSHAIM

SCHNAPSZAHL-DATEN AUCH 2022 GEFRAGT
Der Februar bietet zwei besondere Tage
für die Eheschließung ▶ Seite 8

MITTWOCH 2. FEBRUAR 2022 · NR. 26

FNWEB.DE

B 2917 · Preis: 2,50 €



Trauer nach Polizistenmord

Kusel. Einen Tag nach den tödlichen Schüssen auf eine Polizistin und einen Polizisten in der Westpfalz sitzt am Dienstag der Schock noch tief. Blumen wurden an der Polizeinspektion in Kusel niedergelegt. Zwei Männer stehen unter Mordverdacht. Zuvor sollen sie als Wilderer unterwegs gewesen sein und wurden womöglich zufällig entdeckt. Noch sind die Ermittlungen zu dem Fall aber noch nicht abgeschlossen. Bei den Ermittlungen seien eine Schrotflinte und ein Jagdgewehr sichergestellt worden. *dpa*

▶ Bericht Aus aller Welt

WETTER

Heute
6/4 °C
Bedeckt

Donnerstag
8/6 °C
Bedeckt

Freitag
8/4 °C
Leichter Regen

Kita: Entwurfsplanung für
Neubau in Königshofen

Verkehr sorgte für Diskussion

Lauda-Königshofen. Die neue kommunale Kindertagesstätte in Königshofen rückt in greifbare Nähe. Der Gemeinderat segnete die Entwurfsplanung für die dreigruppige Einrichtung ab. Zwei Kindergartengruppen und eine Krippengruppe haben dort Platz. Gebaut werden soll auf dem Hartplatz an der Turmbergschule. Eine Diskussion entzündete sich weniger an der Planung – mit der waren die Fraktionen einverstanden – als vielmehr an der künftigen Verkehrssituation von Kindergarten, Krippe und Grundschule. Daneben hat auch die Feuerwehr ihr Domizil. Für einige Gemeinderäte war das Gefahrenpotenzial durch das hohe Verkehrsaufkommen in Stoßzeiten bedenklich. Die Verwaltung will dazu noch eine Konzeption vorlegen.

▶ Bericht Seite 13

Uniklinikum Würzburg

Pilot-Studie zu Long Covid

Würzburg. PreVitaCov geht am 1. Februar an den Start. Die vom Würzburger Institut für Allgemeinmedizin geleitete Pilotstudie ist eine der ersten medikamentösen Therapieversuche zu langfristigen Symptomen nach einer Infektion mit Covid-19. Konkret werden ab Sommer insgesamt 100 Patientinnen und Patienten über 28 Tage entweder mit einem Placebo oder mit einem Kortikosteroid behandelt, mit einem Vitamin-B Komplex oder mit einem Placebo. In der Pilotstudie werden nicht nur erste Daten zur Wirksamkeit des Behandlungskonzeptes gesammelt, sondern auch Erkenntnisse zur Machbarkeit dieser klinischen Studie unter Integration von ambulanten und klinischen Versorgungsstrukturen gewonnen. „Ich freue mich, dass wir mit PreVitaCOV so schnell an den Start gehen konnten“, sagt Professorin Ildikó Gágyor.

▶ Bericht Seite 18

Arbeitsmarkt: Wie im Januar üblich mehr Menschen ohne Job

Leichter Anstieg

Nürnberg. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im Januar saisonüblich auf 2,462 Millionen gestiegen. Das sind 133 000 mehr als im Dezember 2021, aber 439 000 weniger als im Januar 2021, teilte die Bundesagentur für Arbeit am Dienstag in Nürnberg mit. Die Arbeitslosenquote stieg von 5,1 Prozent auf 5,4 Prozent. „Der Arbeitsmarkt ist gut in das Jahr 2022 gestartet. Die Zahl der arbeitslosen Menschen ist im Januar zwar gestiegen, aber bei Weitem nicht so stark wie sonst üblich“, sagte Daniel Terzenbach, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit. Die Zahl der Arbeitslosen liegt um 37 000 höher als im Januar 2020, als die Corona-Krise in Deutschland noch keine Auswirkungen auf das öffentliche Leben hatte. Für ihre Januar-Statistik zog die Bundesagentur Datenmaterial heran, das bis zum 13. Januar eingegangen war. *dpa*

Pandemie: Kretschmanns Krisenmanagement büßt im BaWü-Check der baden-württembergischen Zeitungen deutlich an Zustimmung ein

Der Südwesten ist Corona-müde

Von Bärbel Krauss

Stuttgart. Zu Beginn des dritten Pandemie-Jahrs belastet Corona die Stimmung in Baden-Württemberg stärker als im restlichen Bundesgebiet. Außerdem ist die Zufriedenheit der Bürger mit dem Krisenmanagement der von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) geführten Landesregierung binnen Jahresfrist um 15 Prozent abgestürzt. Das ist das Ergebnis des jüngsten BaWü-Checks, einer repräsentativen, von baden-württembergischen Zeitungen getragenen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach. Gleich geblieben ist, dass die Schulpolitik den Befragten am meisten Sorgen macht.

Nach mehr als zwei Jahren mit der Pandemie nehmen die Demo-

skopen die große Mehrheit der Bevölkerung im Land als desillusioniert und ermüdet wahr. Während im Bundesgebiet 44 Prozent der befragten Bürger zuversichtlich in die nächsten Monate blicken, sind es im Südwesten nur 38 Prozent; die Hälfte sieht mit Skepsis (30 Prozent) oder Befürchtungen (19 Prozent) nach vorne. Aktuell stellen nur noch 45 Prozent der Landesregierung ein gutes Zeugnis für ihr Corona-Krisenmanagement aus. Ende 2020 waren es noch 60 Prozent.

Stark gelitten hat seit vorigen Dezember das Ansehen des grünen Gesundheitsministers Manfred Lucha. Nach elf Jahren in der Regierung kennt ihn zwar immer noch ein knappes Viertel der Bürger nicht. Aber 39 Prozent der Befragten sind aktuell unzufrieden mit seinem An-

teil am grün-schwarzen Krisenmanagement. Die Personen, die Lucha kennen, geben ihm noch schlechtere Zensuren: 51 Prozent sind unzufrieden mit seiner Arbeit. Die in der Corona-Zeit entstandenen Lernrückstände der Schüler drücken 73 Prozent der Befragten als größtes schulpolitisches Problem; mehr als die Hälfte ist besorgt über die Verlässlichkeit des Präsenzunterrichts.

Ende der Maßnahmen an Ostern?

Unterdessen werden trotz der Omikron-Welle Rufe nach einer Rückkehr in die Normalität immer lauter – Ministerpräsident Kretschmann aber tritt auf die Bremse. Er sehe bis mindestens Mitte April keinerlei Chancen für das Ende von Corona-Beschränkungen, sagte er am Dienstag. Er könne sich nicht vorstellen,

dass es vor Ostern zu Ausstiegsstrategien komme. „Wir brechen keine Debatte über Exitstrategien vom Zaun – das wäre völlig unangemessen und das völlig falsche Signal.“ So habe Baden-Württemberg vor kurzem erst die Regeln verschärft, sagte er mit Blick auf die FFP2-Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr. Das werde man nicht durch „haltlose Ausstiegsdebatten“ konterkarieren.

Man werde sich höchstens grundsätzlich und sehr vertraulich darüber unterhalten, wann eine Exitdebatte sinnvoll wäre, sagte Kretschmann. Man sei immer noch in einer dramatischen Situation. Es seien daher erstmal keine Lockerungen geplant. *(mit lsw)*

▶ Bericht Südwest

Umfrage: Studie zeigt veränderte Wahrnehmung von Russland und der Rolle der Bundeswehr

Mehr Angst vor Konflikten

Berlin. Russland und China werden von den Menschen in Deutschland zunehmend als Staaten wahrgenommen, die den Weltfrieden gefährden. Das geht aus dem „Sicherheitsreport 2022“ hervor, den das Meinungsforschungsinstitut Allensbach am Dienstag gemeinsam mit dem Centrum für Strategie und Höhere Führung vorstellte. Demnach hat sich die Zahl der Deutschen, die glauben, dass von Russland große Gefahren ausgehen, binnen eines Jahres von 32 Prozent auf 66 Prozent mehr als verdoppelt. Was auffällt: Im Osten Deutschlands liegt dieser Wert mit 45 Prozent niedriger.

China sehen demnach bundesweit aktuell 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger als Sicherheitsrisiko. Ein Jahr zuvor waren 46 Prozent der Teilnehmer der jährlichen Befragung davon ausgegangen, dass von



Die Deutschen schauen sorgenvoll auf Konflikte in der Welt. *BILD: DPA*

der Volksrepublik Gefahren ausgehen. Nordkorea, Afghanistan und der Iran erscheinen den Menschen im Verhältnis inzwischen etwas weniger bedrohlich. Vor zwei Jahren sah das noch ganz anders aus. Bei

der Befragung für den „Sicherheitsreport 2020“ lag Russland auf dem fünften Platz. Als potenzielle Kriegstreiber sahen die Deutschen damals vor allem den Iran, die USA, Nordkorea und die Türkei.

Dass die Unterstützung für die Bundeswehr, trotz Problemen bei Rüstungsprojekten und mehrerer Rechtsextremismus-Skandale, leicht gestiegen ist, könnte auch mit der Angst vor größeren militärischen Auseinandersetzungen zusammenhängen. 79 Prozent der Bevölkerung sind laut Allensbach überzeugt, dass die Bundeswehr gebraucht wird – das sind sechs Prozentpunkte mehr als 2019. Im Inland sei die Bundeswehr durch ihre Amtshilfe in der Corona-Pandemie wieder sichtbar geworden“, sagte Klaus Schweinsberger, Gründer des Centrums für Strategie und Höhere Führung. *dpa*

Verkehr

Opel-Chef für mehr E-Autos

Berlin. Angesichts zunehmender Einschränkungen für Autos mit Verbrennungsmotor und strengeren CO₂-Vorgaben in Europa hat Opel-Chef Uwe Hochgeschurtz zum Kauf von Elektroautos aufgerufen. Man müsse den Menschen sagen: „Kauft euch lieber ein Elektroauto, damit werdet ihr in Zukunft die wenigsten Einschränkungen erleben“, sagte Hochgeschurtz in einem Interview mit dieser Redaktion. Opel will bis 2028 in Europa komplett auf Elektroantrieb umstellen. „Bei den Reichweiten und dem Ladenetz werden wir noch große Entwicklungen sehen“, versicherte der Manager. Bis dahin werde es aber sicherlich noch Fahrprofile geben, für die noch Verbrenner benötigt würden. *ZRB*

▶ Interview Wirtschaft

Arbeitsmarkt

Arbeitslosenquote in Prozent	Absolute Zahlen
Deutschland	
Jan. 2022 5,4	2 462 162
Jan. 2021 6,3	2 900 663
Baden-Württemberg	
3,6	224 696
4,5	283 621
Hessen	
4,8	166 000
5,8	198 996
Rheinland-Pfalz	
4,6	104 619
5,6	125 665

Weitere Berichte zum Arbeitsmarkt
▶ Lokales

Bei größeren Problemen in der Zeitungszustellung öffnen wir unsere PDF-Version unter: www.fnweb.de/stoerung

Servicetelefon
Abonnement/Zustellung: 0800 3131006 (kostenlos)
Anzeigenabteilung: 0800 3131008 (kostenlos)
Redaktion: 09341 83-200

E-Mail
Abonnement/Zustellung: fn.vertrieb@fnweb.de
Anzeigenabteilung: fn.anzeigen@fnweb.de
Redaktion: red.tbb@fnweb.de

Kundenforum und Ticketshop
Schmiedestraße 19, 97941 Tauberbischofsheim
Telefon 09341 83141, kundenforum.ta@fnweb.de
FN-Reisen: Telefon 09341 83222, tbb@fn-reisen.com

3 0105
4 190291 702502